Aktueller Stand: Kreuth 2016



Bayerns Politik zahlt sich aus!

Beispiel: Asylpolitik

Entwicklung des Flüchtlingszustroms:

- ⇒ Die Zahl der Flüchtlinge, die 2015 nach Bayern und Deutschland kamen, hat alle Rekorde gebrochen.
- ⇒ Fast 1,1 Millionen Asylbewerber kamen nach Deutschland, der Großteil davon über Bayern. Allein seit Anfang September 2015 sind 750.000 Menschen in Bayern angekommen.
- ⇒ Hauptherkunftsland war im Jahr 2015 Syrien mit knapp 39 %. Neben dem Westbalkan gehörten auch Afghanistan mit 14 % und der Irak mit 11 % zu den Hauptherkunftsländern.
- □ Rund 160.000 der Asylbewerber sind in Bayern verblieben, die übrigen wurden auf die anderen Bundesländer verteilt. Damit haben wir 2015 fast fünf Mal so viele Menschen in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen aufge-nommen wie im Jahr 2014.
- ✓ Bayern hat den Zustrom der Flüchtlinge in den letzten Monaten erstklassig gemeistert. Aber wir brauchen eine Begrenzung der Zuwanderung!
- ✓ Die Zusammenarbeit auf allen Ebenen, zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen macht uns zu einem Vorbild für andere Bundesländer. Um diesen Ansturm zu bewältigen, haben wir nicht nur die Unterbringungsmöglichkeiten ausgebaut. Daneben hat Bayern eine Reihe von flankierenden Maßnahmen auf den Weg gebracht und setzt sich für die Einschränkung des Zugangs nach Bayern ein. Hierzu gehört auch die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern.

Aktueller Stand: Kreuth 2016



Bayern hat den Zustrom der Flüchtlinge vorbildlich gemeistert

- ✓ Wir haben den Haushalt kräftig aufgestockt. Für Unterbringung, Versorgung, Bildung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern haben wir im Jahr 2016 3,3 Mrd. Euro veranschlagt.
- ✓ Bayern verfügt in allen sieben Regierungsbezirken über voll funktionsfähige Erstaufnahmeeinrichtungen. Es stehen damit derzeit rund 25.000 reguläre Erstaufnahmeplätze zur Verfügung, bis Ende März sollen 11.000 weitere folgen.
- Auch die Anschlussunterbringung konnte massiv ausgebaut werden. Bayern trägt die Kosten für Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber komplett, in anderen Bundesländern erhalten die Kommunen nur Pauschalen. Wir haben durchgesetzt, dass der Bund sich in Zukunft an den Kosten der Unterbringung beteiligt.
- ✓ Bayern hat sich auf Bundesebene erfolgreich für eine gerechte Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen eingesetzt. Seit 1. November 2015 werden erstmalig nach Bayern eingereiste unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche auf andere Bundesländer nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt.
- Durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz wurde eine bayerische Forderung umgesetzt: Der Aufenthalt der Asylbewerber in der Erstaufnahme kann deutlich auf bis zu sechs Monate verlängert werden. Wir wollen, dass Asylbewerber ohne Bleibeperspektive bis zum Abschluss des Verfahrens dort bleiben und künftig gar nicht mehr in die Anschlussunterbringung verteilt werden.

Bekämpfung des Flüchtlingszustroms

- Wir haben als erstes Bundesland Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen (ARE) für Asylbewerber aus dem Westbalkan eröffnet. Seitdem ist die Zahl der Asylbewerber aus dem Westbalkan spürbar zurückgegangen. Deutschlandweit sollen nun 3-5 solcher Einrichtungen nach bayerischem Vorbild entstehen.
- ✓ Die EU muss für die Sicherung der EU-Außengrenzen sorgen und die Schleuserkriminalität bekämpfen! Wir fordern Einrichtungen von Hotspots, damit die Flüchtlinge schon an den Außengrenzen registriert oder abgewiesen werden.

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

Aktueller Stand: Kreuth 2016



- Auf bayerische Initiative wurden die Grenzkontrollen durch den Bund wieder eingeführt. Ergänzend hat die bayerische Polizei die Schleierfahndung verstärkt.
- Wir haben die Möglichkeit einer starken Leistungskürzung für Ausreisepflichtige geschaffen.
- ✓ Wir haben den Vorrang von Sach- vor Geldleistungen wieder eingeführt.
- ✓ Wir haben es geschafft, dass Albanien, Bosnien und Herzegowina, der Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten aufgenommen wurden. Wir fordern, den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten deutlich zu erweitern. So sollten Algerien, Armenien, Bangladesch, Benin, Georgien, Indien, Mali, Mongolei, Nigeria, die Republik Moldau und die Ukraine ebenfalls als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden.
- ✓ Der Bund hat sich auf unser Drängen verpflichtet, ausreichend Personal zur Bearbeitung der Asylverfahren bereitzustellen.
- ✓ Wir wollen den Familiennachzug aussetzen.
- ✓ Wir brauchen eine Obergrenze von 200.000 pro Jahr. Kein Land der Welt nimmt unbegrenzt Flüchtlinge auf
- ✓ Europa muss sich solidarisch zeigen. Derzeit nehmen gerade einmal fünf von 28 Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, 80 % der Asylbewerber und Flüchtlinge auf. Wir brauchen eine europaweite Verteilguote.